schauung des Freih. v. Manteuffel das ersprießliche Zusammenwirken der Conservativen mit den ausschlaggebenden Nationalliberalen im ersten Jahrzehnt deutscher Reichsgesetzgebung darstellt, wurde durch den classischen Ausspruch offenbar: „Früher kokettirten besonders die Nationalliberalen mit ihr" (der conservativen Partei nämlich). Erst nachdem dies vorausgeschickt war, wurde die Fehde erklärt: „Jetzt sind wir kramme Gegner." Persönliche Gehässigkeiten kleinlicher Art gegen Herrn von Bennigsen waren als Beiwerk reichlich zugegeben, damit nur ja Niemand im Zweifel sein könnte, was der Tag von Erfurt bedeuten solle. Nun hat ja heutzutage jede politische Partei, „die socialdemokratische inbegriffen", im eigenen Hause mit mancherlei Sorgen sich abzufinden, und es ist immer ein precäres Unterfangen, einer anderen Partei die Diagnose und Prognose zu stellen. Aber die hochtrabenden Versicherungen von Erfurt stehen doch mit den Thatsachen an sich und insbesondere mit den Wirkungen des ersten Parteitages für Thüringen in allzuschreffem Widerspruch, als daß der zweite Parteitag nicht dazu eine vergleichende Betrachtung anstellen sollte. Eine conservative Partei in dem Sinne jenes Jahrzehnts von 1867—1877, als die Nationalliberalen mit ihr „kokettirten", giebt es ja heute überhaupt nicht mehr. Das, was unter der alten Firma weiter besteht, hat zwar auf Tivoli ein neues politisches Programm empfangen, jedoch nur, um von Stunde an den Charakter einer politischen Partei völlig abzustreifen und alle politischen Erfolge künftighin vom Bunde der Landwirthe sich einbringen zu lassen. Im Osten der Elbe mag die Arbeit dadurch sogar erleichtert sein; aber bei aller Bedeutung der ostelbischen Einflüsse sind sie doch längst nicht mehr stark genug, um den großen Staat Preußen, geschweige das deutsche Reich zu beherrschen. Jeder Versuch, im Westen der Elbe die Parteigeschäfte der Conservativen durch den Bund der Landwirthe oder auch durch die immer noch im Werden begriffene gewerbliche Mittelstandspartei besorgen zu lassen, hat nur zu empfindlichen Niederlagen geführt. Schließlich hat Eisenach alle Welt erkennen lassen, wie wenig auf diesen Seitenwegen die conservative Ueberzeugung zu neuen Kräften kommt, denn der dortige Candidat deutsch-conservativer Richtung verleugnete Alles, was seine Partei politisch noch erstrebt, und bekannte sich zu Vielem, was sie grundsätzlich weit von sich weist. Aber Eisenach hat auch weiter dargethan, wie das Eindringen der Conservativen in westelbische Wahlkreise, wenn es unter dem Vorwand wirthschaftlicher Interessen geschieht, am Ende nur zu kläglicher Vereinsamung führt. Nicht einmal die Antisemiten vermögen es über sich, dem conservativen Candidaten daselbst im Stichwahlkampfe gegen die Volkspartei Zuzug zu leisten! Das läßt in der That sehr tief blicken. Und wo immer die „starken, zielbewußten" Leute des Freiherrn von Manteuffel in Mitteldeutschland ebenso verfahren — also ihre Stärke und ihr Zielbewußtsein möglichst für sich behalten würden, um desto mehr mit augenblicklich stark hervortretenden nichtpolitischen Interessen für sich zu erreichen — überall würde auch der Ausgang des Unternehmens beiläufig derselbe sein. Der zweite Thüringer Parteitag der Conservativen kann über diese Ausblicke vielleicht hinweggetäuscht werden, aber die Aussichten bestehen deswegen doch fort. Und im Parlamente? Dort können die Conservativen naturgemäß ihre eigene Stärke und ihr Zielbewußtsein als Conservative nur dann zur Geltung bringen, wenn der Einfluß des Centrums den ganzen Raum einnimmt und wenn die ultramontane Streitschaar auf den reactionairen Wegen die Vorhut bildet und die Führung besorgt. Aber eine absonderlich stolze politische Rolle ist es doch auf keinen Fall, immer nur den Staub zu schlucken, den die voranstürmenden Truppen der Herren Rintelen, Spahn und Lieber aufwirbeln. Unseres Erachtens hätte ein conservativer Parteitag dringlichen Anlaß, über diese Situation nachzudenken — er brauchte noch nicht einmal in Thüringen abgehalten zu werden, wo die Reformation zuerst eine breite Gasse sich frei gemacht und aller Anfechtung zum Trotz auch behauptet hat.

* **Berlin**, 18. April. Der „Nordd. Allg. Ztg." wird aus der Provinz Posen von angesehener Seite geschrieben: „Eine erschütternde Kunde ist aus Brasilien an verschiedene Familien der Provinz Posen gekommen. Vor zwei Jahren ging die Tochter eines verstorbenen hochgeachteten Weingroßhändlers aus Lissa in Posen mit ihrem Gatten und sechsjährigen Töchterchen nach Brasilien, Provinz Rio-Grande, Bezirk Rianke San Pedro, wo sie sich als ackerbautreibende Colonisten eine neue Heimath gründen wollten, nachdem sie durch die Ungunst der Verhältnisse die hiesige verloren hatten. Dem Ehepaar schloß sich der Bruder des Gatten in derselben Absicht an. Beide erwarben von der brasilianischen Regierung Urwaldsparcellen. Nachdem sie dieselben mit unendlicher Mühe in Ackerland umgewandelt hatten, schien es, als sollten sich ihre Hoffnungen und Wünsche schneller erfüllen, als man erwarten durfte. Da wurde der Bruder des Ehegatten von einem Brasilianer nächtlicher Weise in seinem eigenen Blockhause ermordet. Der jungen Frau waren aber noch schwerere Prüfungen beschieden. Am 26. Februar d. J. gegen Abend drangen zwei Brasilianer in das Blockhaus des Ehepaares und ermordeten vor den Augen der unglücklichen Frau und des Kindes den Ehegatten in bestialischer Weise. Die schwächliche Frau, die gerade damals der Schonung bedurfte, ergriff ein Gewehr und feuerte dasselbe, ohne Erfolg, auf die Mörder ab. Dagegen erhielt sie selbst einen Messerhieb auf den Kopf, der sie besinnungslos hinstreckte. Nachdem die Unholde den Mann abgeschlachtet hatten, raubten sie an Waffen, Pretiosen und Geld, was zu finden war, und haben sich dann aus dem Staube gemacht. Es erscheint wohl unzweifelhaft, daß die brasilianische Regierung für derartige Zustände verantwortlich zu machen ist, denn wenn sie an Unterthanen des Deutschen Reiches Landparcellen zu Ansiedelungszwecken verkauft, so dürfte sie auch für ihre Sicherheit einzustehen haben. Vor nicht langer Zeit ist ein Italiener in ähnlicher Weise von Brasilianern ermordet worden. Dem Einspruch der italienischen Regierung ist es gelungen, die brasilianische zur Zahlung einer Entschädigung von 30 000 ℳ an die Hinterbliebenen des Ermordeten zu veranlassen. Im vorliegenden Falle ist Se. Durchlaucht der deutsche Reichskanzler Fürst von Hohenlohe um seine Vermittelung gebeten worden, und man darf sich wohl der Hoffnung hingeben, daß die brasilianische Regierung zu einer ähnlichen Genugthuung, wie sie dem italienischen Gouvernement gegeben ist, veranlaßt werden wird."

Y. **Berlin**, 18. April. (Telegramm.) Der **Kaiser** machte gestern Nachmittag einen Spazierritt nach dem Grunewald, später empfing er den Minister des königlichen Hauses zum Vortrage. Zur Abendtafel waren der frühere Gesandte in Peking v. Brandt, sowie der Chef des Marine-Cabinets mit einer Einladung beehrt worden. Heute früh machte der Kaiser den gewohnten Spaziergang im Thiergarten, arbeitete dann mit dem Chef des Militair-Cabinets und empfing hierauf den Staatssecretair des Reichs-Marine-Amts zum Vortrage. Mittags gewährte er dem englischen Maler Cope wiederum eine Sitzung und nahm gegen 1 Uhr die Meldung des zum Director des Bades Neuendorf ernannten Obersten a. D. v. Dresky entgegen. Zur Frühstückstafel war der Gouverneur von Berlin Generaloberst Frhr. v. Loë geladen. Der Kaiser gedenkt morgen um 1 Uhr 15 Min. Nachmittags von hier mittels Sonderzuges nach Weimar zu reisen, daselbst etwa 3 Stunden zu verweilen und gegen 8 Uhr Abends die Reise von Weimar nach Eisenach fortzusetzen. — Die Besserung in dem Befinden der Kaiserin hält an.

⊙ **Berlin**, 18. April. Der **Reichskanzler** begiebt sich heute Abend auf einige Tage nach Schillingsfürst.

⊙ **Berlin**, 18. April. (Telegramm.) Die „Kreuzztg." veröffentlicht den Wortlaut des Protestes des Grafen zur Lippe-Biesterfeld an den Bundesrath, worin für jede Möglichkeit der Schutz des Bundesrathes angerufen wird.

Y. **Berlin**, 18. April. (Telegramm.) Die „Kreuzztg." veröffentlicht eine Erklärung des Freiherrn v. Hammerstein, in welcher er die Frankfurter „Kleine Presse" auffordert, entweder selbst die Namen der Conservativen zu nennen, welche ihr angeblich Material für die Beschuldigungen gegen ihn geliefert haben, oder diese Herren zu veranlassen, selbst mit Namen hervorzutreten. Erst wenn dieser Aufforderung entsprochen sei, werde er der Angelegenheit weitere Beachtung schenken.

B. **Berlin**, 18. April. (Privattelegramm.) Der Pariser „**Figaro**" veröffentlicht ein Interview mit **Liebknecht**, in welchem Letzterer das Reichstagsvotum gegen die Beglückwünschung Bismarck's das größte Ereigniß der letzten zwanzig Jahre nennt. Zwischen dem Kaiser und dem Volk sei der Krieg erklärt, der Kaiser werde seine Panzerschiffe nicht (!) bewilligt erhalten und vielleicht werde der Reichstag aufhören. Das Reich sei nichts mehr für die Socialdemokraten, Deutschland sei Alles. Der Wille des deutschen Volkes müsse souverain sein und alle anderen Willensmeinungen überwinden. (Ob alles Blech, das die vorstehende Meldung enthält, auf das Conto des Herrn Liebknecht zu setzen ist? Wir sind optimistisch genug, anzunehmen, daß an der Fassung, in der die Liebknecht'schen Brillanten erstrahlen, die rühmlichst bekannte Ignoranz des „Figaro" in deutschen Angelegenheiten mitgearbeitet hat. Red. d. „Leipz. T.")

— Die „Conservative Correspondenz" bespricht in einem parteioffiziösen Artikel die Umsturzvorlage und constatirt, daß dieselbe in der Commission „noch wesentlich verschlechtert" worden sei. Aus dieser Thatsache zieht das genannte Parteiorgan für das Verhalten der conservativen Fraction im Reichstage die nachstehenden recht bemerkenswerthen Consequenzen:

„Die conservative Partei hat also wahrlich kein Interesse daran, sich wegen des Ausganges dieser Frage zu erhitzen. Der eigentliche Zweck des Gesetzentwurfs, gegen die gewerbemäßige Agitation socialrevolutionärer Agenten den christlichen und monarchischen Staatsbürgern, die vielfach durch die Gleichberechtigungsphrase irritirt sind, Schutz zu gewähren und für eine rege socialreformerische Thätigkeit von reichs- beziehungsweise staats- und communalwegen freie Bahn zu schaffen, ist in der Commissionsfassung kaum noch erkennbar. Ob es im Plenum gelingen wird, in diesem Puncte Abhilfe zu ermöglichen, steht dahin; geschieht das aber nicht, so werden die conservativen Stimmen schwerlich für die Vorlage, die in ihrer jetzigen Gestaltung nur noch den Wünschen des Centrums entspricht, abgegeben werden. Damit wäre die Ablehnung einer Vorlage besiegelt, der wir wahrlich keine Thräne nachweinen werden."

Um die Tragweite dieser Erklärung klar übersehen zu können, wäre die Angabe derjenigen Paragraphen wünschenswerth gewesen, an welche dabei zunächst gedacht wird. Ohne solche genaue Bezeichnung hat diese Auslassung für weitere Kreise nur den Werth eines Symptoms, das zwar Beachtung verdient, aber aus dem sich einstweilen noch keine sicheren Schlüsse ziehen lassen.

* **Kiel**, 18. April. (Telegramm.) Zum Präsidenten der Verwaltung des Nordostseecanals ist nach der „Köln. Ztg." der Geh. Regierungsrath Löwe in Aussicht genommen.

* **Friedrichsruh**, 18. April. Auf die Ansprache der Darmstädter Abordnung antwortete Fürst Bismarck nach den „Hamb. Nachr.":

„Ich danke Ihnen herzlich für Ihre freundliche Begrüßung. Ich habe für Darmstadt, ich möchte es heute beinahe Jugenderinnerungen nennen, in der Zeit, wo ich in Frankfurt war. Ich kam dahin, wie ich 36 Jahre, glaube ich, war. Es ist im Verhältniß zum 80. Jahr doch eine Jugend, und ich habe Ihre hübsche Gegend, Ihre Wälder, die Leichtigkeit des Verkehrs und des Reisens lieben gelernt. Ich habe die Straßen in Darmstadt gekannt, ich hatte in dem preußischen Gesandten dort einen intimen Schul- und Jugendfreund, Herrn von Kanitz, der sich nachher mit dem Minister Dalwigk nicht vertragen konnte und deshalb wegging. Ich freue mich, daß Sie Ihrerseits ein Anerkenntniß dafür haben, daß durch die großen Ereignisse unter Kaiser Wilhelm I. ein Vorland für Sie gewonnen ist, namentlich für Rheinhessen, daß Sie nicht mehr direct so exponirt liegen. Das war meiner Ueberzeugung nach das Hauptbedürfniß. Die Elsässer irren sich immer in der Ansicht, daß wir aus unerwiderter Liebe zu ihnen sie hätten haben wollen. Wir brauchten das Glacis vor uns und die weitere Entfernung der französischen Einbruchsstationen. Wir mußten das haben, wenn wir nicht unter demselben Druck bleiben wollten, wie wir es Jahrhunderte hindurch gewesen sind, daß die Ecke von Weißenburg bis nach Stuttgart und Darmstadt hin drohte. Jetzt sind wir mit einander getraut zu einer katholischen Ehe, die nicht zu scheiden ist (Große Heiterkeit) in dieser Welt, und wir werden hoffentlich mit einander ausdauern, länger als einer von uns es erlebt, und fest zusammenhalten. Ich habe sehr angenehme Erinnerungen an Ihre Stadt und auch an den alten Großherzog Ludwig, den großen Dicken (der Fürst machte die entsprechende Handbewegung); er war ein liebenswürdiger Herr und namentlich auf der Jagd; da habe ich ihn am meisten gesehen, auf dem Kranichstein; da war er am behaglichsten. Ein bischen mehr Feierlichkeit als wir bei uns gewöhnt waren, war immer am Darmstädter Hofe, aber es war ein liebenswürdiger, wohldenkender Herr."

Auf die Ansprache des Prof. von Stieler, der im Namen von 3000 deutschen Künstlern Geschenk und Glückwunsch überbrachte, entgegnete der Fürst:

„Ich danke Ihnen herzlich für Ihre Begrüßung und für Ihre Gabe. Die Münchener Kunst ist für mich eine wirksame Mitarbeiterin in der deutschen Einigung gewesen. Die Kunst und die Wissenschaft, die Universitäten und die Kunstwerkstätten, die sind immer deutsch geblieben, von Wien bis Amsterdam — ich will Amsterdam nicht nennen, die Holländer könnten es übel nehmen — (Heiterkeit), sagen wir von Wien bis Cleve. Das wird uns auch immer zusammenhalten. Wir können nach unseren Bildungsverhältnissen gar nicht auseinanderfallen; nach unserer ganzen Geschichte, nach unserer Dichtkunst, nach unserer Kunst überhaupt wird sich immer der Deutsche wieder zum Deutschen finden. So wird es — unter einem Herrscher will ich nicht sagen — aber unter einer Regierung bleiben, wird gerade die Kunst und die Wissenschaft auch das Terrain sein, in dem die Wurzeln am festesten schlagen, daß sie nicht wieder losreißen. Deshalb danke ich Ihnen vom politischen Standpuncte aus, daß Sie nicht blos eine bayerische, sondern eine deutsche Kunst pflegen. Ich habe vorgestern österreichische Vertreter hier gehabt, was bindet uns an die? Es ist Kunst und Wissenschaft. Politisch stehen wir nicht in einer Einheit zusammen, aber es wird doch immer schwer, die österreichischen Leser von Wallenstein beispielsweise zu überzeugen, daß der Dichter dieser rein österreichischen Tragödie nicht ihnen sowohl gehörte wie den Reichsdeutschen. Und so kann ich nur wiederholen: die geistigen Elemente, die halten uns zusammen, auch wenn uns die körperlichen Jahrhunderte hindurch getrennt haben. Halten Sie fest daran."

* **Braunschweig**, 18. April. Dem „Braunschweiger Tageblatt" zufolge macht der Prinzregent Albrecht heute von London einen Ausflug nach Irland und begiebt sich von dort nach Holland auf die Besitzung Rustrhof beim Haag. Nach einigen Tagen erfolgt die Weiterreise nach Erbach im Rheingau, wo die Familien des Prinzregenten und des Herzogs Ernst von Sachsen-Altenburg weilen. Die Rückkehr nach Braunschweig erfolgt Anfang Mai. (Telegr.)

* **Köln**, 17. April. Gegen die Wiedereinführung von Staffeltarifen hat Freiherr von Loë-Terporten Namens des rheinischen Bauernvereins eine Petition an den Landwirthschaftsminister eingesandt mit dem Ersuchen an das Königl. Staatsministerium, alle Anträge auf Wiedereinführung der Staffeltarife klar und bestimmt zurückzuweisen.

* **Crefeld**, 17. April. Hier tagte kürzlich die vierte Hauptversammlung des Katholischen Lehrerverbandes der Rheinprovinz. Ein „Festbuch" wurde vertheilt, das die Ansichten der hiesigen Kirchen und Denkmäler enthält; bei letzteren fehlt nur das Bismarckdenkmal!

* **Halle**, 18. April. Vor der Strafkammer des hiesigen Landgerichts begann heute der Geheimbundsproceß gegen 21 Mitglieder des hiesigen communistischen Clubs. Auf Antrag des Ersten Staatsanwalts Götze wurde die Oeffentlichkeit ausgeschlossen.

* **Weimar**, 18. April. In Vieselbach legte der Reichstagscandidat der Conservativen und des Bundes der Landwirthe Gutsbesitzer Reichmuth sein Programm dar. Er erklärte sich für das Festhalten an dem Grundgedanken des Antrags Kanitz und gegen die Umsturzvorlage.

♂ **Aus Schlesien**, 17. April. Der Innungsverband Oberschlesiens, welcher 186 Innungen mit 6013 Mitgliedern zählt, hat sich durch seinen Vorstand gegen die Umsturzvorlage erklärt und eine Petition um Ablehnung an den Reichstag geschickt. Vielleicht war das der Grund, weshalb auf dem Verbandstage die klerikalen und conservativen Abgeordneten (Graf Ballestrem, Graf Strachwitz, Erbprinz v. Hohenlohe, v. Glitzynski, v. Gilgenheimb, v. Huene, Jansen, Frank, Szmula, Delsch, Nadbyl, Conrad) fehlten.

* **Auerbach** (Oberpfalz), 17. April. Eine hier vor einigen Tagen abgehaltene, außerordentlich stark besuchte Bauernversammlung hat einen sehr bemerkenswerthen Verlauf genommen. Der Einberufer, Caplan Würzburger, geißelte mit scharfen Worten das Verhalten und die Fehler des Centrums und der klerikalen Parteipresse. Die Bauern dürften künftig nur noch zum Centrum halten, wenn es auch zu den Bauern halte und volksthümliche Politik treibe und keine Politik der Leisetreterei und übergroßen Angst. Nachdem Dr. Heim-Wunsiedel den Versuch gemacht, die Ausführungen des Vorredners etwas abzuschwächen, wurde einstimmig folgende Resolution angenommen:

1) Eine in Auerbach tagende, gegen 1000 Männer zählende Versammlung von Bauern und Gewerbetreibenden spricht dem Abgeordneten Lehner (klerikaler Landtagsabgeordneter für den Fuchsmühler Bezirk) ihr unbegrenztes Mißtrauen aus und bittet ihn, die Consequenzen daraus zu ziehen. 2) Die Versammlung erklärt es als Pflicht der Regierung wie der Volksvertretung, schleunigst Mittel zur Hebung der Getreidepreise zu ergreifen. Die derzeitigen Zustände müssen binnen Kurzem zum Ruin der Landwirthschaft führen.

* **Mainz**, 17. April. Vom Vorstande des Mainzer Journalisten- und Schriftsteller-Vereins wurde beschlossen, baldigst eine Protest-Versammlung gegen die Umsturzvorlage einzuberufen.

* **Darmstadt**, 18. April. (Telegramm.) Im Gegensatz zur zweiten Kammer, welche die Besteuerung bei einem Einkommen von 500 ℳ beginnen lassen will, beschloß die erste Kammer mit 12 gegen 11 Stimmen, trotz des entschiedenen Widerspruchs der Regierung, die Besteuerung erst bei einem Einkommen von 900 ℳ eintreten zu lassen. Nachdem aber das Einkommensteuergesetz durchberathen worden war, entfernten sich mehrere Mitglieder der Mehrheit, so daß das Gesetz mit 9 gegen 8 Stimmen und damit gleichzeitig die Capitalsteuer, abgelehnt wurde.

* **Karlsruhe**, 17. April. Das Mannheimer Centrumsorgan schreibt: „Nach Mittheilungen aus liberaler Quelle ist gegen Stadtpfarrer Dr. Hansjakob in Freiburg seitens des erzbischöflichen Ordinariats ein Disciplinarverfahren eingeleitet worden. Dasselbe hat mit der bekannten Auslassung des Genannten zu Gunsten einer Bismarckehrung nichts zu thun, sondern kann sich lediglich auf eine in kirchlichem Sinn anstößige Veröffentlichung beziehen. Thatsächlich hat Dr. Hansjakob in seiner neuesten, nach seinem Curaufenthalt in Illenau verfaßten Schrift: „Aus kranken Tagen" eine abfällige Beurtheilung des neuen Rituale einfließen lassen; dem Diöcesanpriester steht aber eine derartige Kritik nicht zu." Das Verbrechen Hansjakob's besteht, wie wir der „Rh.-Westf. Ztg." entnehmen, darin, daß er für die Einführung der deutschen Sprache in das Rituale eingetreten ist, während das neue Rituale immer noch die lateinische Sprache anwendet!

* **Stuttgart**, 17. April. Das Gesammtcollegium der königl. Centralstelle für Landwirthschaft richtete an das Staatsministerium die Bitte, Schritte gegen die Wiedereinführung der preußischen Staffeltarife zu thun. — Eine Deputation der Stadt Stuttgart reist morgen früh nach Friedrichsruh, um dem Fürsten Bismarck eine prächtig ausgestattete Adresse zu überreichen. (B. T.)

Oesterreich-Ungarn.

* **Wien**, 18. April. (Telegramm.) Heute Nachmittag fand unter dem Vorsitz des Kaisers eine gemeinsame Minister-Berathung zur endgiltigen Feststellung der Delegations-Vorlagen statt.

* **Wien**, 18. April. (Telegramm.) Bei den Ziegelwerken in Wienerbergen fand heute Vormittag ein Zusammenstoß von etwa 500 Arbeitern und Arbeiterinnen, welche ihre Genossen an der Fortsetzung der Arbeit hindern wollten, mit der Sicherheitswache statt. Die Wache, welche von der erregten Menge thätlich angegriffen wurde, mußte von ihrer Waffe Gebrauch machen. Dabei wurden, wie glaubwürdig festgestellt ist, drei Personen, darunter zwei Personen leicht, verletzt. Zwölf Personen wurden verhaftet.

* **Brünn**, 18. April. (Telegramm.) Gestern Abend 9 Uhr wurden in dem Vorhause des Baron Prazak'schen Hauses durch eine Explosion mehrere Fensterscheiben zertrümmert. Es wurde festgestellt, daß eine Blechbüchse in Form eines Cylinders, welche auf der Thürschwelle des dem Arbeitergesangverein „Beislavin" benachbarten Hauses gestanden hatte, explodirte und eine Anzahl Glas- und Eisenstücke, Drahtstifte und Patronenhülsen umherwarf. Die Ladung bestand muthmaßlich aus Pulver; der Thäter ist unbekannt. (Wiederholt.)

* **Pest**, 18. April. (Telegramm.) Der Ackerbauminister Graf Festetics beabsichtigt zurückzutreten. (N. Z.)

Frankreich.

P. **Paris**, 18. April. (Privattelegramm.) „Petit Journal" erfährt angeblich aus gut unterrichteter Quelle, die Sicherheitsbehörde sei benachrichtigt, daß ein gefährlicher, unter dem Spignamen „Petit Bordeaux" bekannter Anarchist London verlassen habe und sich nach Havre begeben wolle, um einen Anschlag gegen den Präsidenten der Republik, Faure, auszuführen; die Commissaire der Seehäfen, sowie der Grenzbahnhöfe hätten darauf bezügliche präcise Instructionen erhalten. Der Anarchist sei ein 22jähriger französischer Deserteur. — Oberst Ortus erklärt im „Français quotidien", daß die von Luciani erfundene Patrone die Leistungsfähigkeit des französischen Infanteriegewehrs vervierfache. (Eine halbamtliche Mittheilung dementirt auf das Entschiedenste diese Meldung. D. Red.)

P. **Paris**, 18. April. (Privattelegramm.) Vor dem Pariser Preß-Syndicat, unter dem Vorsitze Hebrard's, gab gestern der „Times"-Correspondent Blowitz seine Erklärungen ab. Das Syndicat wird das Ergebniß der Zusammenkunft in einer heute stattfindenden Versammlung der Presse mittheilen. Unter Vorbehalt verlautet, Blowitz habe vor dem Syndicat erklärt, daß er niemals die Absicht gehabt hätte, die französische Presse der Bestechlichkeit zu beschuldigen. Wenn seine Ausdrücke über das Ziel hinaus geschossen sein sollten, würde er nicht zögern, der französischen Presse sein Bedauern auszudrücken. Eine in diesem Sinne abgefaßte Note wurde von Blowitz unterzeichnet. — Nach dem „Journal des Débats" wären einige Mitglieder des Syndicats der Ansicht, daß von dem Major Blanc und von Jaques St. Cere Aufklärungen zu verlangen seien über die Thatsachen, die sie in ihren Artikeln angedeutet haben.

* **Havre**, 18. April. (Telegramm.) Präsident Faure begab sich heute früh nach der Unterpräfectur, wo er die Behörden empfing. Er wurde auf der ganzen Fahrt lebhaft begrüßt. Dem englischen Consul, welcher das Consularcorps vorstellte und den Präsidenten in dessen Namen begrüßte, erwiderte Faure mit dem Hinweise auf die Wichtigkeit der Thätigkeit der Consuln und unter Anerkennung der Art und Weise, wie diese ihre Aufgabe erfüllten. Der Präsident reichte den Consuln, die ihm beinahe sämmtlich bekannt sind, die Hand. Hierauf stellte der englische Consul dem Präsidenten den Commandanten und die Officiere des englischen Kreuzers „Australia" vor und betonte, die Australia sei nach Havre gesandt worden zum Zeugnisse der wahrhaft freundschaftlichen Gefühle Englands für Frankreich und seinen Präsidenten. Präsident Faure erklärte in seiner Erwiderung seine hohe Befriedigung über die Sendung des englischen Kreuzers; er sehe darin ein neues Zeichen der freundnachbarlichen Beziehungen zwischen England und Frankreich und eine Kundgebung, welche diese Beziehungen nur noch herzlicher gestalten könne. Der Präsident fügte hinzu, daß er der „Australia" einen Besuch abstatten werde, und brachte alsdann den englischen Officieren die ihm gestern zugegangenen vortrefflichen Nachrichten über das Befinden der Königin Victoria und ihren Aufenthalt in Frankreich zur Kenntniß.

Großbritannien.

* **London**, 17. April. Die im unionistischen Lager vor Kurzem entstandene, durch Angriffe auf Chamberlain seitens der Mitglieder der Torypartei verschärfte Uneinigkeit droht in einen völligen Bruch zwischen den Conservativen und den liberalen Unionisten auszuarten. In einem Artikel der Chamberlain nahestehenden „Birminghamer Post" wird gedroht, Chamberlain werde sich aus dem Parlament zurückziehen und die Volksmassen außerhalb des Parlaments zu Gunsten seines socialen Reformplanes beeinflussen, falls mit den Führern der Torypartei keine Einigung erzielt werden könne. Wie die Sachen stehen, dürften Balfour und Chamberlain bei den nächsten Unterhauswahlen nicht an einem Stricke ziehen können. Inzwischen geht in den politischen Clubs das Gerücht, nach der Rückkehr der Königin vom Continent werde das Parlament aufgelöst werden, weil die Regierung den Riß zwischen den conservativen und den liberalen Unionisten als den geeigneten Zeitpunct für schleunige Neuwahlen betrachte. (Voss. Ztg.)

Rußland.

* **Petersburg**, 18. April. (Telegramm.) Der Kaiser empfing gestern den brasilianischen Gesandten Dr. Ferreira da Costa in Abschiedsaudienz. — Der Präsident des russischen technischen Vereins Casi ist zum Generalcommissar der in Nishny stattfindenden, ganz Rußland umfassenden Ausstellung ernannt worden. — Der Kaiser und die Kaiserin werden den ganzen Frühling in Zarskoje-Isch zubringen und zu Beginn der warmen Jahreszeit nach Alexandria bei Neu-Peterhoff übersiedeln. Im Juni wird der Kaiser zum ersten Male die Pagen und Cadetten, und die Kaiserin die Schülerinnen aller Institute empfangen. Mitte Mai werden der Kaiser und die Kaiserin dem Stapellaufe der beiden neuen Panzerschiffe „Petropawlovsk" und „Pollava", welche auf der Insel Galernyj in Petersburg armirt werden, beiwohnen. — Dieser Tage wird hier die außerordentliche Gesandtschaft von Bukhara erwartet; dieselbe soll nicht nur Glückwünsche zur Hochzeit des Kaisers und der Kaiserin überbringen, sondern auch über die mit den Pamirs zusammenhängenden Fragen unterhandeln.

* **Petersburg**, 18. April. (Telegramm.) Die russische Regierung hat beschlossen, zu politischen Zwecken durch die Bauern-Agrarbank im Nordwesten des Reiches große Länderstrecken von Privateigenthümern anzukaufen und auf dieselben russische Dörfer zu gründen, die mit Auswanderern von rein russischer Herkunft bevölkert werden sollen. Ein solcher Versuch war schon gemacht worden zur Zeit, als Graf Muraweiff an der Spitze des fraglichen Districtes stand, glückte aber dennoch nicht, weil die Einwanderer schlecht untergebracht wurden, nicht dicht genug zusammen wohnten und materiell wenig Garantien hatten.

Orient.

* **Belgrad**, 18. April. (Telegr.) Die Skupschtina beginnt am 22. April in Nisch ihre Sitzungen. Sie wird am 8. Mai für die Dauer des Aufenthalts der Königin Natalie vertagt. In diesem Sessionsabschnitt soll die Skupschtina die Adresse, die Budgetverlängerung und die Conversionsanleihe erledigen. In der Adresse soll die Aufhebung der Verfassung vom Jahre 1888 gutgeheißen werden. Die Königin bleibt etwa fünf Wochen hier und kehrt dann nach Frankreich zurück.

Asien.

* **Yokohama**, 18. April. (Telegramm.) Die chinesischen Friedens-Unterhändler sind gestern nach Tientsin abgereist. Die japanischen Bevollmächtigten kehrten nach Hiroshima zurück. Dem Vernehmen nach ist für die Ratification der Friedensverträge eine dreiwöchige Frist gestellt. — Der Kaiser und die Kaiserin von Japan begeben sich demnächst nach Kioto.

* **Tokio**, 18. April. (Telegramm.) Dem Vernehmen nach enthalten die Friedensbedingungen außer der definitiven Abtretung der Halbinsel Liao-Tong und Port Arthur die Bestimmung, daß Japan bis auf Weiteres auch Weihai-wei als Garantie für die Erfüllung der Friedensbedingungen im Besitz behält.

* **New-York**, 18. April. (Telegramm.) Nach einem Telegramm des „New-York World" aus Tokio habe China zugestanden, die auf den Verkauf von Waaren gelegte Likin-Abgabe ferner nicht mehr zu erheben. Ebenso soll ein gleichmäßiger Währungs-Tael als Landesmünze durchgeführt werden. Allen Ausländern soll es gestattet sein, Fabriken zu errichten, Maschinen einzuführen oder Waarenhäuser im Innern des Landes zu pachten. Die Zugeständnisse auf handelspolitischem Gebiete sollen allen Nationen in gleicher Weise zu Theil werden.

* **London**, 18. April. (Telegramm.) Englands Stellung zum chinesisch-japanischen Friedensvertrag kennzeichnet ein Leitartikel der ministeriellen „Daily News", in dem gegen eine etwaige internationale Conferenz zur Prüfung des Vertrages Einspruch erhoben und ausgeführt wird, an dem Abkommen zwischen China und Japan dürfe nicht gerüttelt werden. Der Vertrag würde die unverzügliche Wirkung haben, die Handelsstockung im Osten zu heben; er könne in seinen industriellen Puncten Englands Alsaggelegenheiten nur bessern. (Magdeb. Ztg.)

Kunst und Wissenschaft.

§ **Berlin**, 18. April. Anläßlich des nun beginnenden Sommersemesters seien junge Leute, die sich der Bühne widmen wollen, auf die Schauspielschule von Dr. Albert Dresdner (Berlin W. Kurfürstenstraße 148) hingewiesen. Bei der Wichtigkeit, die die Ausbildung des Schauspielers für sein ganzes künftiges Wirken hat, ist es von der größten Bedeutung, daß der dramatische Unterricht sachverständigen und gewissenhaften Händen anvertraut wird. Diese Vorbedingungen erfüllt die erwähnte Anstalt durchaus. Dr. Dresdner verfolgt nach eigener bewährten Methode das Ziel, die Schüler, denen sonst gewöhnlich nur eine Anzahl von Rollen „eingepaukt" wird, zu selbstständiger künstlerischer Bethätigung ihrer Individualität zu erziehen und ihre Wirksamkeit durch sorgsame Ausbildung des Organs, der Sprache und des Vortrags, sowie durch gründliche Einführung in die Methode des Rollenstudiums auf eine gediegene technische Basis zu stellen. Er wird in seinen Bestrebungen von Künstlern, wie Frl. Rosa Bertens, Herren Josef Kainz und Herm. Müller, die an seiner Schule wirken, unterstützt. Die in diesem Monate beginnenden neuen Course umfassen alle Haupt- und Hilfsfächer des dramatischen Unterrichts.

* **Bremen**, 18. April. (Telegramm.) Das Festessen, welches gestern Abend zu Ehren des XI. deutschen Geographen-Tages unter zahlreicher Betheiligung im großen Saale des Künstlervereinshauses stattfand, verlief auf das Glänzendste. Der Reichstagsabgeordnete Frese-Bremen brachte das Hoch auf den Kaiser Wilhelm aus, Geheimrath Professor Neumann dasjenige auf den Bremer Senat. Auf Anregung des Grafen v. Linden sandte die Versammlung ein Huldigungstelegramm an den Fürsten Bismarck.

* **Rom**, 18. April. Die internationale Künstler-Versammlung in Venedig wird am 30. April in Gegenwart des Königs und der Königin eröffnet werden. (Wiederholt.)